

Entscheidung über Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr

An die Bundestagsabgeordneten der SPD aus NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der am 5. Oktober stattfindenden Anhörung im Verteidigungsausschuss und der danach anstehenden Entscheidung im Bundestag über die Bewaffnung der Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr wenden wir, die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW, uns an Sie als Abgeordnete/r aus unserem Bundesland.

Wir betrachten mit Sorge den geplanten Schritt zur Bewaffnung der bisher nur zur Aufklärung dienenden Drohnen der Bundeswehr. Damit würde ein Schritt hin zur automatisierten Kriegsführung gegangen, den die SPD bisher immer abgelehnt hat. Wissenschaftler z.B. der Stiftung Wissenschaft und Politik warnen bei den Drohnen vor einer weitergehenden "Entwicklung in Richtung Autonomie". Damit würde das bisherige Argument, die Drohnen der Bundeswehr würden weiterhin von Menschen gesteuert, von der technischen Entwicklung überholt.

Schon heute sind Drohnen Sinnbild der asymmetrischen Kriege zwischen den waffentechnisch hochüberlegenen Industriestaaten sowie Staaten und Gruppen, die lediglich mit einfacher Waffentechnik ausgestattet sind. Die technisch unterlegen Seite sieht sich mit Angriffen der unbemannten Drohnen konfrontiert, ohne den weitentfernten Gegner erreichen zu können. Das verstärkt ein Unterlegenheitsgefühl beim Gegner, das zur Verhärtung der Fronten, Hass und Widerstand führt. Damit verschärft der Einsatz solcher Waffen die Konflikte, statt eigene Soldaten zu schützen, wie von Befürwortern vorgebracht.

Für die Zivilbevölkerung der Kriegsgebiete bedeuten Drohnen eine ständige psychische Belastung und reale Todesgefahr. Die unbemannten Flugkörper kreisen teilweise tagelang über Dörfer und Städten, dabei kann aus ihnen jederzeit der Tod herabstoßen. Immer wieder waren in der Vergangenheit unbeteiligte Zivilisten Opfer von Drohnenangriffen, da eine eindeutige Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten/Kämpfern häufig am Bildschirm des Drohnenpiloten nicht möglich ist. Auch angesichts dieser Auswirkungen sind bewaffnete Drohnen eine zutiefst unmenschliche, völkerrechtlich bedenkliche Waffe.

Wir möchten Sie daher als Bundestagsabgeordneter aus unserem Bundesland auffordern, sich gegen die Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr auszusprechen. Lassen Sie nicht zu, dass diese unmenschlichen, konfliktverschärfenden Waffen zur Standardausrüstung der Bundeswehr werden! Setzen Sie ein Zeichen ziviler Zurückhaltung statt militärischer Unvernunft!

Zur weiteren Information empfehlen wir Ihnen das online-Hearing der Ärzte-Friedensorganisation IPPNW, bei dem Anfang September Friedenswissenschaftler*innen und Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien Statements zum Thema abgegeben haben: <https://youtu.be/crT3SDYA1TA>

Wir freuen uns auch über Ihre Stellungnahme zu unserem Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Oekentorp
Landessprecher

Joachim Schramm
Landesgeschäftsführer

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund
0231/8180-32 (fax -31)
www.nrw.dfg-vk.de